

Zunächst brachte Israel palästinensische Bürger zum Schweigen. Nun nimmt es ihre Führungskräfte ins Visier.

Baker Zoubi, 72mag.com, 06.07.26

Jüngste Fälle, in denen prominente arabische Amtsträger involviert sind, offenbaren die Strategie des Staates: alte Äußerungen wieder auszugraben und vor israelischen Gerichten harte Strafen zu erwirken.

Die Verfolgung arabischer Politiker durch Israel, schafft gefährliche neue Präzedenzfälle für die Meinungsfreiheit – auch wenn dieses Phänomen nicht neu ist. Vor fast zwei Jahrzehnten dokumentierte das *Mossawa-Zentrum* Dutzende von strafrechtlichen Ermittlungen und Gerichtsverfahren gegen arabische Knesset-Abgeordnete. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass in vielen Fällen die Ermittlungen selbst als Abschreckungsmittel und politisches Druckmittel dienten, sogar wenn sie ohne Anklageerhebung ausgingen.

Am 23. Juni verließ Mohammed Barakeh nach vierstündiger Vernehmung die Polizeiwache in der israelischen Siedlung Ariel. Barakeh, ein langjähriger Gemeindevorsteher und ehemaliger Vorsitzender der jüdisch-arabischen politischen Partei *Hadash*, war zuletzt von 2015 bis 2025 Vorsitzender des „Hohen Begleitausschuss für arabische Bürger Israels“ (HFC), dem wichtigsten außerparlamentarischen Gremium, das die Palästinenser innerhalb Israels vertritt.

Nachdem die Nachricht von Barakehs Verhör bekannt geworden war, fragten sich viele palästinensische Bürger nicht, warum er vorgeladen worden war, sondern warum gerade jetzt.

Die Ermittler interessierten sich weder für eine kürzlich abgegebene Erklärung noch für irgendetwas, was er nach dem 7. Oktober oder während des Völkermords Israels im Gazastreifen gesagt hatte. Stattdessen konzentrierten sie sich auf eine Rede, die er 2022 in Ramallah gehalten hatte.

Die Vernehmung erfolgte wenige Tage, nachdem die Polizei Barakeh aufgefordert hatte, sich auf der Polizeiwache in Ariel im besetzten Westjordanland zu melden. Er erklärte sich bereit, bei den Ermittlungen zu kooperieren, bat jedoch darum, auf einer Polizeiwache innerhalb Israels befragt zu werden. Nach Angaben des in Haifa ansässigen menschenrechtlichen Zentrums *Adalah*, das den Antrag im Namen von Barakeh gestellt hatte, räumt das Völkerrecht Einzelpersonen das Recht ein, die Zusammenarbeit mit israelischen Siedlungen oder die Ausübung von Tätigkeiten in diesen zu verweigern.

Anstatt jedoch Barakehs Antrag stattzugeben, erließ die Polizei einen Haftbefehl, nahm ihn fest und brachte ihn zur Vernehmung nach Ariel. Später wurde er unter Auflagen freigelassen, darunter ein einmonatiges Einreiseverbot für das Westjordanland, während die Polizei seine beiden Mobiltelefone beschlagnahmte. Barakeh bezeichnete die Ermittlungen als „politisch und provokativ“.

Für den derzeitigen HFC-Vorsitzenden Jamal Zahalka ist der Fall Teil einer umfassenderen Kampagne gegen die arabische Führung. „Sie durchwühlen Schubladen, um Fälle zu finden, die gerade jetzt wieder aufgegriffen werden können“, sagte er gegenüber dem *+972 Magazine* nach Barakehs Freilassung. „Die Rechte durchlebt eine schwierige Phase. Alle Umfragen deuten darauf hin, dass sie die Macht verlieren könnte, und wenn sie sich in einer solchen Situation befindet, ist sie zu allem bereit.“

Dieses Muster politischer Verfolgung, das nur notdürftig durch Gerichtsverfahren getarnt ist, zeigt sich auch in zwei für die kommenden Wochen angesetzten Gerichtsverhandlungen. Am 7. Juli wird das Amtsgericht Haifa voraussichtlich über den Antrag der Staatsanwaltschaft entscheiden, Raja Eghbaria, einen ehemaligen Vorsitzenden des HFC und der säkular-nationalistischen Bewegung *Abnaa al-Balad*, zu einer Freiheitsstrafe zwischen 18 und 40 Monaten zu verurteilen, wegen zehn Facebook-Beiträgen, die er 2017 und 2018 veröffentlicht hatte. Eine Woche später soll das Amtsgericht Nazareth das Urteil gegen Scheich Kamal Khatib, den ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des verbotenen Nordzweigs der Islamischen Bewegung, wegen einer Rede und zweier Social-Media-Beiträge aus dem Mai 2021 verkünden; in seinem Fall fordert die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von 30 bis 50 Monaten.

Die drei Fälle scheinen auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun zu haben, weisen jedoch zwei Gemeinsamkeiten auf: In allen Fällen geht es um prominente palästinensische Politiker, und in allen Fällen handelt es sich um Äußerungen, die bereits Jahre vor dem aktuellen Krieg getätigt wurden. Dies lässt vermuten, dass die Ermittlungen und die Forderung nach harten Strafen nicht mit den Handlungen selbst zusammenhängen, sondern vielmehr vor dem Hintergrund einer dramatischen Einschränkung der politischen Meinungsäußerung in Israel seit dem 7. Oktober zu verstehen sind – einer Einschränkung, die sich speziell gegen Palästinenser richtet.

Hunderte palästinensische Bürger wurden wegen Beiträgen in sozialen Medien zur polizeilichen Vernehmung vorgeladen, Dutzende wurden nach dem Anti-Terror-Gesetz angeklagt, und die Gerichtsverfahren richteten sich gegen Studenten, Schauspieler, Wissenschaftler, Künstler und politische Aktivisten. Gleichzeitig haben die israelischen Behörden die Anwendung der Verwaltungshaft gegen palästinensische Bürger wieder aufgenommen, nachdem diese jahrelang nur in Ausnahmefällen angewendet worden war.

In den Fällen von Eghbaria und Khatib geht es vor Gericht nicht nur um die Frage, ob die Reden und Posts die Grenzen der geschützten Meinungsäußerung überschritten haben. Es geht auch dar-

um, ob Palästinenser aufgrund einer nach dem 7. Oktober beschlossenen Strafpolitik für Äußerungen verurteilt werden können, die sie vor vielen Jahren gemacht haben – eine Form der rückwirkenden Vergeltung.

Sollten die Gerichte letztendlich dem von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafmaß folgen, könnte dies einen neuen Präzedenzfall für die strafrechtliche Verfolgung von Fällen im Zusammenhang mit politischer Meinungsäußerung von Palästinensern schaffen. Ein solcher Maßstab wäre nicht das Werk der rechtsextremen Koalition von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu oder ihrer politischen Verbündeten, sondern der israelischen Justiz, die sich nach wie vor als Hüterin der demokratischen Werte des Staates präsentiert.

Ungleiche Verurteilungen

Im November 2025 verurteilte das Amtsgericht Haifa Eghbaria wegen Anstiftung zum Terrorismus und der Bekundung von Unterstützung für eine terroristische Organisation in zehn Facebook-Beiträgen. Der Anklageschrift zufolge enthielten die Beiträge Fotos und Nachrichten über junge Palästinenser, die Anschläge verübt hatten und anschließend getötet wurden, Trauerbekundungen für sie sowie Material, das nach Ansicht der Staatsanwaltschaft einer Verherrlichung verbotener Organisationen gleichkam.

Adalah, die Eghbaria vertritt, betont, dass das Gericht ihn nicht wegen der Aufforderung zu Anschlägen verurteilt habe und dass die Staatsanwaltschaft keine Beweise dafür vorgelegt habe, dass die Beiträge zu Gewalttaten geführt hätten oder wahrscheinlich dazu geführt hätten. Die Verteidigung argumentierte ferner, dass die Reichweite der Beiträge im Vergleich zu anderen Fällen, die in den letzten Jahren vor israelischen Gerichten verhandelt wurden, relativ begrenzt gewesen sei.

Der mittlerweile 74-jährige Eghbaria ist nicht vorbestraft und leidet unter einer komplexen Erkrankung. Sein Fall reicht bis in den September 2018 zurück, als er wegen der Beiträge erstmals festgenommen wurde und 40 Tage in Haft verbrachte, bevor er für ein Jahr und neun Monate unter Hausarrest gestellt wurde. Im vergangenen Jahr wurde er zudem vier Monate lang in Verwaltungshaft gehalten.

Im Mittelpunkt des Verfahrens gegen Khatib stehen eine Rede und zwei Social-Media-Beiträge aus der Zeit im Mai 2021, in denen er auf israelische Razzien in der Al-Aqsa-Moschee, die Vertreibung palästinensischer Familien in Sheikh Jarrah sowie Polizeigewalt gegen Palästinenser in Jerusalem einging. Nach jahrelangen Gerichtsverfahren verurteilte das Gericht ihn im Juni 2025 wegen Anstiftung zu Gewalt und Terrorismus, sprach ihn jedoch vom Vorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung frei – einem der zentralen Anklagepunkte.

Auch hier argumentiert *Adalah*, dass es in diesem Fall nicht um Khatib zugeschriebene Gewalttaten oder die Folgen seiner Äußerungen gehe, sondern um die Kriminalisierung des politischen Dis-

kurses der Palästinenser. Nach Ansicht der Verteidigung habe die Staatsanwaltschaft ebenfalls nicht nachweisen können, dass Khatibs Äußerungen zu Gewalttaten geführt oder eine reale Wahrscheinlichkeit für das Eintreten solcher Taten geschaffen hätten.

Sowohl im Fall Eghbaria als auch im Fall Khatib hat sich der Schwerpunkt des Rechtsstreits vom Gegenstand der Verurteilung auf die Frage der Strafe verlagert: Die Staatsanwaltschaft fordert Freiheitsstrafen, die weitaus härter ausfallen als diejenigen, die in vergleichbaren Fällen von Aufwiegelung verhängt wurden. Der Fall von Scheich Raed Salah, dem derzeitigen Vorsitzenden des nördlichen Zweigs der Islamischen Bewegung, veranschaulicht diesen Vergleich. Im Jahr 2016 bestätigte der Oberste Gerichtshof eine neunmonatige Freiheitsstrafe, nachdem Salah wegen Anstiftung zur Gewalt verurteilt worden war. Heute fordern die Staatsanwälte Strafen von bis zu 40 Monaten für Eghbaria und 50 Monaten für Khatib, und im Gegensatz zu Salah sind beide vorbestraft.

Die Diskrepanz wird besonders deutlich im Vergleich zu Fällen von Aufstachelung, an denen jüdische Angeklagte beteiligt waren und von denen mehrere nach dem 7. Oktober entschieden wurden. In diesen Fällen ging es um explizite Aufrufe zum Mord, Drohungen gegen Richter, Aufstachelung gegen Zivilisten, Verherrlichung von Mördern und das Herumfuchteln mit Waffen. Einige Angeklagte waren vorbestraft oder bekleideten einflussreiche öffentliche Ämter. Dennoch fielen die gegen sie verhängten Strafen deutlich milder aus: Die Gerichte begnügten sich wiederholt damit, gemeinnützige Arbeit, Bewährungsstrafen oder relativ kurze Freiheitsstrafen zu verhängen.

Im Fall Naftali Amar gegen den Staat Israel aus dem Jahr 2025 wurde der Angeklagte wegen acht Fällen von Anstiftung zur Gewalt aufgrund von Social-Media-Beiträgen verurteilt, die er zwischen 2019 und 2021 veröffentlicht hatte. In mehreren davon äußerte er Drohungen gegen Beamte, die an Verfahren gegen Netanjahu beteiligt waren; „Ich würde sie auf dem Marktplatz durch den Strang hinrichten lassen“, schrieb er in einem Beitrag, und in einem anderen: „Man braucht ein großes Messer, um ihnen die Eingeweide herauszuschneiden.“ Er wurde zu lediglich sieben Monaten gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Im Fall „Staat Israel gegen Yaakov Yitach“, in dem es um Beiträge ging, die nach dem 7. Oktober veröffentlicht worden waren, rief der Angeklagte zur Ermordung von Richtern des Obersten Gerichtshofs und deren Kindern sowie dazu auf, Demonstranten Arme und Beine zu brechen, und war im Besitz von Videos, die Morddrohungen, Vergewaltigungen und die Verbrennung von Häusern und Kindern enthielten und zur Verbreitung bestimmt waren. Er wurde zu 10 Monaten gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Der vielleicht deutlichste Vergleich ist der Fall „Staat Israel gegen Yakir Ashbel“, bei dem es nicht um Äußerungen im Internet ging, sondern um eine öffentliche Feier, bei der die Teilnehmer tanzten und dabei Schusswaffen, Molotowcocktails und Fotos von Angehörigen der Familie Dawabsheh

schwenkten, die 2015 bei dem Brandanschlag in Duma ermordet worden waren. Einige Teilnehmer hielten Schilder mit der Aufschrift „Rache“ hoch, andere verbrannten und zerrissen ein Foto des verstorbenen Säuglings Ali Dawabsheh. Mehrere Angeklagte waren zudem vorbestraft oder wurden wegen weiterer Straftaten verurteilt, darunter die Unterstützung einer terroristischen Organisation, Anstiftung zum Rassismus und Waffenverstöße. Dennoch lagen die Strafen für die Verurteilungen zwischen 180 Stunden und sechs Monaten gemeinnütziger Arbeit.

Ein gefährlicher Präzedenzfall

Die oben genannten Fälle, auf die sich *Adalah* in ihren Plädoyers zur Strafzumessung im Fall Eghbaria berufen hat, deuten darauf hin, dass es hier um weit mehr geht als nur um das Schicksal von Eghbaria und Khatib. Ihre Fälle sind lediglich das jüngste Beispiel für eine tiefgreifende und beständige Ungleichbehandlung von palästinensischen und jüdischen Angeklagten vor israelischen Gerichten.

Sie äußern zudem die Befürchtung, dass künftige Fälle im Zusammenhang mit politischer Meinungsäußerung dieser neuen Politik der Strafverschärfung unterliegen könnten. In einem im vergangenen Monat veröffentlichten Artikel warnte Barak Medina, Experte für Verfassungsrecht und ehemaliger Rektor der Hebräischen Universität Jerusalem, vor einer „alarmierenden Aushöhlung“ des gerichtlichen Rechtsschutzes der Meinungsfreiheit, insbesondere in Fällen, die palästinensische Bürger Israels betreffen.

Laut Medina messen israelische Gerichte bei der Entscheidung über Fälle politischer Meinungsäußerung Sicherheitsaspekten zunehmend größeres Gewicht bei. Dies stellt eine Abkehr vom etablierten Maßstab des Obersten Gerichtshofs dar, wonach bei der Beurteilung, ob eine solche Äußerung eine Aufstachelung darstellt, der Nachweis einer realen Möglichkeit erforderlich ist, dass die Äußerung zu Gewalt führen könnte. Er argumentiert, dass diese Änderung die Gefahr birgt, die strafrechtliche Haftung auszuweiten und gleichzeitig den Schutz einzuschränken, den die israelische Rechtsprechung der politischen Meinungsäußerung traditionell gewährt hat.

Die Verfolgung arabischer Politiker durch Israel, wie sie die Fälle von Eghbaria, Khatib und Barkakeh verdeutlichen, schafft zudem gefährliche neue Präzedenzfälle für die Meinungsfreiheit – auch wenn dieses Phänomen nicht neu ist. Vor fast zwei Jahrzehnten dokumentierte das Mossawa-Zentrum Dutzende von strafrechtlichen Ermittlungen und Gerichtsverfahren gegen arabische Knesset-Abgeordnete. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass in vielen Fällen die Ermittlungen selbst als Abschreckungsmittel und politisches Druckmittel dienten, sogar wenn sie ohne Anklageerhebung ausgingen.

Damals lag der Schwerpunkt auf gewählten Volksvertretern. Heute hat sich der Fokus auf politi-

sche Führungskräfte außerhalb der Knesset sowie auf Journalisten, Künstler, Wissenschaftler und Aktivisten ausgeweitet.

Und während die Repressionen gegen politische Meinungsäußerungen palästinensischer Bürger zugenommen haben, hat sich die Krise der organisierten Kriminalität weiter verschärft. Die Aufklärungsquote bei Mordfällen ist nach wie vor außergewöhnlich niedrig: Nur etwa 12 Prozent der Fälle im ersten Halbjahr 2026 wurden von den israelischen Strafverfolgungsbehörden laut Angaben der Abraham-Initiativen als „aufgeklärt“ eingestuft.

Seit Jahresbeginn wurden fast 150 palästinensische Bürger Israels getötet. Es ist schwer, sich der Schlussfolgerung zu entziehen, dass die Strafverfolgungsbehörden – einschließlich der Justiz – mit größerer Schnelligkeit und unter Einsatz größerer Ressourcen gegen politische Äußerungen vorgehen und Hausabrisse verfolgen, als sie organisierte Kriminalität in arabischen Gemeinden bekämpfen.

Unabhängig davon, ob die Behörden diese Behauptung akzeptieren oder nicht, hat sie sich bei den palästinensischen Staatsbürgern, die das Vertrauen in die Institutionen ihres Staates so gut wie verloren haben, als vorherrschende Wahrnehmung etabliert.

Baker Zoubi ist Journalist und palästinensischer Staatsbürger Israels. Er lebt im Dorf Kufr Maser im Unteren Galiläa. Er begann seine Karriere im Jahr 2010 als Reporter für lokale arabische Medien, bevor er zum leitenden Redakteur bei der in Nazareth ansässigen Nachrichtenplattform „Bokra“ aufstieg. Seit 2021 ist er als Co-Autor für Local Call und das +972 Magazine tätig, während er weiterhin als Teilzeit-Nachrichtenredakteur bei Bokra arbeitet und Kommentare zu politischen und gesellschaftlichen Themen in der palästinensischen Gesellschaft veröffentlicht. Neben seiner journalistischen Tätigkeit arbeitet er mit mehreren Institutionen an Übersetzungs- und Textredaktionsprojekten zusammen und ist gelegentlich als Redakteur für Fernsehsendungen tätig. Er und seine Frau Yara Yara haben drei Kinder: eine Tochter, Jida, und zwei Söhne, Jabr und Jawad.

Quelle: <https://www.972mag.com/israel-palestinian-citizens-leaders-silenced>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestiakomitee-stuttgart.de